

AUSGABE VOM 17. MÄRZ 2023

Demokratiefördergesetz: Prävention braucht Extremismusklausel

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag den Entwurf zum sog. „Demokratiefördergesetz“ erstmalig beraten, mit dem eine Festlegung des Staates zur Förderung demokratiebildender Projekte erfolgt. Wesentliche inhaltliche Regelungen lasse der Entwurf nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann jedoch vermissen. „Es fehlt nicht nur die Extremismusklausel, vielmehr entzieht sich der Großteil der Fördervoraussetzungen der demokratischen Kontrolle. Die genauen Förderbedingungen sollen nämlich erst in den Förderrichtlinien festgelegt werden, die die grüne Familienministerin intern ausarbeitet. Ich befürchte, dass dieses Gesetz primär der Förderung linksgerichteter Projekte dienen soll. Hier soll eine institutionelle Förderung quasi durch die Hintertür eingeführt werden, die die komplette Förderlandschaft ins Ungleichgewicht bringt und bestimmte Projekte und Institutionen ideologisch einseitig bevorteilt“, so der Unions-Experte für Extremismusprävention.

Wahlrechtsreform: Ampel begeht klaren Betrug am Wähler

Der Bundestag hat am Freitag nach einer heftigen Debatte die Pläne der Ampelfraktionen für eine Wahlrechtsreform gebilligt. Ziel des Entwurfs ist eine Begrenzung der Abgeordnetenzahl im Parlament auf 630. Den Reformvorschlag der Koalition lehnt die CDU/CSU-Fraktion entschieden ab. Eine „verfassungsrechtliche Überprüfung“ hält Unions-Fraktionschef Friedrich Merz für dringend geboten. Er unterstrich, dass auch die Union „für eine nachdrückliche Verkleinerung des Bundestages“ eintrete. Dafür

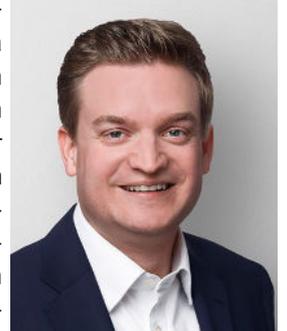


„Das ist ein Wahlrecht der enttäuschten Wähler, weil Millionen von Stimmen wertlos bleiben“: Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, kritisiert scharf den Ampel-Gesetzesentwurf in der Debatte. (Foto: CDU/CSU)

nicht mehr in den Bundestag einziehen, die mindestens drei Direktmandate erzielen, aber die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen. „Absolut inakzeptabel! Wir werden uns damit auf keinen Fall abfinden“, fasst der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann nach dem Votum des Bundestags in Berlin die Stimmung seiner Fraktion zusammen. Er unterstütze ausdrücklich, dass die CDU/CSU-Fraktion eine abstrakte Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anstrebe. Bereits bei der nächsten Sitzung will die Union einen entsprechenden Beschluss fassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

es war entlarvend: Britta Hasselmann von den Grünen verteidigt in der Debatte am Freitag die eigene Wahlrechtsreform doch tatsächlich damit, dass nach



dem geltenden Wahlrecht die Mehrheit der Ampel gefährdet sein könnte. Klares Ziel von SPD, Grüne und FDP ist nicht die Verkleinerung des Parlaments, sondern die Verkleinerung der Opposition! Die „Selbstbeschränkung“ der Ampel lautet: CSU und LINKE aus dem Parlament werfen, sich selber eine Rekorzdahl an Staatssekretären und Beauftragten gönnen. Auf „Regionalparteien“ (gemeint ist die CSU) könne man laut Grüne keine Rücksicht nehmen. Das wird das Bundesverfassungsgericht bei einer Prüfung sicher zu würdigen wissen. Föderalismus ist Verfassungsgrundsatz. Mit dem Ampel-Wahlrecht werden Millionen von Stimmen wertlos bleiben. Ganze Bundesländer könnten nicht mit direkt gewählten Abgeordneten im nächsten Bundestag vertreten sein. Aus dem Garanten für eine regionale Repräsentation machen SPD, Grüne und FDP eine Rechengröße, bei der es der Zufall bestimmt, ob ein Wahlkreis noch im Parlament vertreten ist oder nicht. Es war eine starke Geste von CDU-Chef Friedrich Merz am Ende der Debatte: Nochmal die ausgestreckte Hand der Union für ein verfassungsgemäßes Wahlrecht mit breiter Mehrheit. Trotzdem zieht die Ampel ihren Anschlag auf die Verfassung durch. Ein Tiefpunkt im Plenum.

Michael Breilmann

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



[instagram.com/mbreilmann/](https://www.instagram.com/mbreilmann/)

www.michael-breilmann.de



[facebook.com/mbreilmann](https://www.facebook.com/mbreilmann)

Kritik an Habecks Plänen für Öl- und Gasheizungen

Das Vorhaben von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), den Einbau von Öl- und Gasheizungen ab dem Jahr 2024 zu verbieten, stößt bei der Unionsfraktion auf klare Ablehnung. Das wurde während einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken“ am Mittwoch deutlich. Die Unions-Fraktion warf der Ampel-Regierung in der Debatte vor, immer wieder den Menschen etwas verbieten zu wollen, „ob das in die Lebenswirklichkeit passt oder nicht“. Das neue Beispiel für diese „Verbotspolitik“ sei das Vorhaben Habecks, ab 2024 neue Öl- und Gasheizungen zu verbieten. Dies stelle für die Bürger enorme Herausforderungen dar, „in einer Zeit, in der die Menschen in Deutschland ohnehin hoch belastet sind“. Verunsicherung und Angst seien die Folgen. Zudem gebe es nicht genug Handwerkerkapazitäten, um das Vorhaben umzusetzen. „Diese Verbotspläne sind in dieser Form nicht umsetzbar“, befindet auch CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann und erinnert erneut an das durch Minister Habeck verursachte Chaos bei der staatlichen KfW-Energieeffizienzförderung im letzten Jahr.

Spionage und Wirtschaftsschutz im Blickpunkt



Der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen, war am Dienstag Gast in der Arbeitsgruppe Inneres und Heimat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin. Bei dem Meinungsaustausch standen u.a. die Themen Spionage, Extremismus und Cyberkriminalität im Blickpunkt. „Das gab mir als zuständiger Berichterstatter eine gute Gelegenheit zum direkten und offenen Austausch. Beim Wirtschaftsschutz sind gerade viele kleine und mittlere Firmen auch in NRW leider noch zu wenig vor Cyberattacken geschützt“, so CDU-MdB und Innenexperte Michael Breilmann im Anschluss. „Wir waren uns einig, dass Spionageabwehr nicht mehr isoliert betrachtet werden darf, sondern es Wechselwirkungen mit anderen Bereichen wie z.B. dem Extremismus gibt. Gleichzeitig müssen Inlandsdienste und Sicherheitsdienste wirklich auch europäisch denken“, so Breilmann. (Bild: Privat)

Missbrauch von Entwicklungsgeldern verhindern



Die Vizepräsidentin und Europa-Chefin von NGO Monitor, Olga Deutsch, einer in Jerusalem ansässigen Organisation mit Sonderberatungsstatus des Wirtschafts- und Sozialrates der UN, war am Mittwoch zu Gast bei CDU-MdB Michael Breilmann in Berlin. NGO Monitor hat die Strukturen der Terrororganisation PFLP in Deutschland und Europa untersucht und hierbei speziell auch die Rolle der Finanzierung und Unterstützung der Volksfront zur Befreiung Palästinas PFLP. Die Konsequenzen für die innere Sicherheit und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland waren Gegenstand des Gesprächs. „Danke für den Austausch: Wer Extremismus bekämpfen will muss sich auch dieser Problematik stellen. Das Parlament muss genauer hinschauen“, so MdB Breilmann. (Bild: Privat)

Speicherfristen: Schutz der Schwächsten nötig

Der Bundestag hat am Freitag den Bericht des Rechtsausschusses zum Antrag der CDU/CSU mit dem Titel „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“ beraten. Die Union kritisierte, dass die Ampelmehrheit seit zehn Sitzungswochen die Behandlung des Antrags sowie eine Anhörung dazu blockiere. Dies füge sich in eine Beschneidung parlamentarischer Mitwirkungsrechte und zeige ein wenig demokratisches Gebaren der Koalition. Zum Skandal werde dieses Verhalten angesichts des Themas, moniert CDU-MdB Michael Breilmann, die Ampelmehrheit verhindere den Schutz der Schwächsten unserer Gesellschaft. Die von FDP-Justizminister Buschmann favorisierte „Quick Freeze“-Regelung sei eine „Scheinelösung“. Daten, die nicht vorhanden seien, könne man auch nicht einfrieren.

Impressum:

Ausgabe Nr. 26 der 20. Wahlperiode

17. März 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häbeler